



Landeshauptstadt Wiesbaden | Amt 31 | Postfach 39 20 | 65029 Wiesbaden

Deutscher Schützenbund
Geschäftsführer
Herrn Jörg Brokamp
Lahnstraße 120
65201 Wiesbaden

Der Oberbürgermeister
Allgemeine Ordnungsbehörde
Ordnungsamt
Waffen- und Sprengstoffrecht

Alcide-de-Gasperi-Straße 2*
65197 Wiesbaden
Ansprechpartnerin: Frau Luzzani
Zimmer Nr.: 009
Telefon: 0611 31-2124
Telefax: 0611 31-4970
E-Mail: anja.luzzani@wiesbaden.de

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Unser Zeichen

Datum

310720/lz

30.06.2022

Durchführung des Waffengesetzes (WaffG)
Hier: Erteilung der Erlaubnis nach § 27 Abs.1, § 27 a Abs.1 und 3 WaffG

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr Brokamp,

Mit Datum vom 22.06.2022 erfolgte die sicherheitstechnische Regelüberprüfung der ortsveränderlichen Schießstätte. Das vorgelegte Gutachten des Schießstandsachverständigen, Herrn Dipl.-HTL-Ing. Dieter Stiefel vom 22.06.2022 ist Grundlage und Bestandteil der Erlaubnis

es ergeht folgende

VERFÜGUNG:

1. Auf Grund der Überprüfung des Schießstandes am 22.06.2022 wird Ihnen unter Beachtung der nachfolgenden Auflagen und einschlägigen Sicherheitsbestimmungen die jederzeit widerrufliche Erlaubnis erteilt, eine ortsveränderliche, aufblasbare Schießstätte zu betreiben.
2. Für diese Erlaubnis wird eine Gebühr von 352,54 EURO erhoben.

Bedingung:

Die Erlaubnis gilt nur in Verbindung mit einer Versicherung gegen Haftpflicht gem. § 27 Abs. 1 Satz 2 Waffengesetz in Höhe von mindestens 1 Million Euro – pauschal für Personen- und Sachschäden – sowie gegen Unfall in Höhe von mindestens 10.000 Euro für den Todesfall und mindestens 100.000 Euro für den Invaliditätsfall bei einem im Geltungsbereich dieses Gesetzes zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmen.

Unsere Servicezeiten:
Montag, Freitag 8:00 - 12:00 Uhr
Mittwoch 8:00 - 18:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag geschlossen
Sammelnummer und Auskunft:
0611 31-0

Bankverbindung der Stadt Wiesbaden:
Nassauische Sparkasse Wiesbaden
IBAN DE10 5105 0015 0100 0000 08
BIC NASSDE55XXX
Gläubiger-ID DE56ZZZ000000004102
UST-ID DE113823704

*erreichbar von den Bushaltestellen:
Willy-Brandt-Allee
(Linie 5, 8, 15, 18, 38)

www.wiesbaden.de

Auflagen:

Diese Erlaubnis ist nur gültig, sofern die nachfolgenden Auflagen eingehalten werden:

Sicherheitstechnische Auflagen

- Bei Aufstellen des transportablen Schießstandes sind die Vorgaben des vorliegenden Gutachtens des Schießstandsachverständigen, Herrn Dipl.-HTL-Ing. Dieter Stiefel vom 22.06.2022 zu beachten.
- Der Betreiber hat zu der Schießstätte eine entsprechende Betriebsanweisung zu verfassen und dem Leihnehmer mitzugeben.
- Vor der Plane des Schießbahnabschlusses ist innen zusätzlich eine vollflächige textile Abhängung mit einem geeigneten Geotextil oder Pfeilfangnetz vorzusehen.
- Die Brüstung (Schießtisch) muss so in den Schießraum gestellt werden, dass sich beim Laden die Mündung der Waffen bzw. Vorderseite der Armbrüste innerhalb des Schießraumes befinden.
- Hinter den Schießständen muss eine Absperrung zum Zuschauerbereich vorhanden sein.
- Beim Schießen mit Armbrust bzw. Bogen muss bei Minderjährigen das Spannen des Bogens und das Einlegen des Bolzens bzw. Pfeils immer durch die verantwortliche Aussichtsperson erfolgen.
- Die Auflagen aus dem Vorgutachten vom 30.04.2016 gelten weiter.

Anlagenbezogene Auflagen

- Es darf auf maximal zwei (2) Schützenpositionen geschossen werden.
- Es darf im stehenden Anschlag geschossen werden. Die vorgegebenen Schützenpositionen hinter der Brüstung sind einzuhalten.
- Geschossen werden darf nur mit den zugelassenen Waffen und Projektilen (Bolzen bzw. Pfeile). Die zugelassenen Waffen- und Geschossarten sind den jeweiligen Aussichtspersonen und Nutzern durch einen deutlich sichtbaren Aushang bekanntzugeben.
- Der Schütze ist durch einen augenfälligen Anschlag sowie durch persönliche Ansprache darauf hinzuweisen, dass erst dann geschossen werden darf, wenn niemand, insbesondere kein Bedienungs- bzw. - Aufsichtsperson, gefährdet ist.

- Die Schießbahnen dürfen z.B. bei Störungen und zum Einsammeln der Bolzen bzw. Pfeile erst dann auf Weisung der Aufsichtspersonen betreten werden, wenn alle genutzten Waffen abgeschossen und abgelegt worden sind.
- Während des Schießens dürfen sich unbeteiligte Personen nicht im Bereich des Schützenstandes (Bereich zwischen Brüstung und rückwärtiger Absperrung) aufhalten; es dürfen sich hier nur die Schützen und die verantwortlichen Aufsichtspersonen bzw. Bedingungspersonen befinden.
- Die Aufsichtsperson hat insbesondere dafür zu sorgen, dass die anwesenden Schützen durch ihr Verhalten keine vermeidbaren Gefahren verursachen und die Betriebsanweisungen eingehalten werden.

Allgemeine Sicherheitsauflagen

Der Erlaubnisinhaber (Betreiber) ist verpflichtet, den Schießstand mit allen Sicherungseinrichtungen laufend auf einen ordnungsgemäßen Zustand hin zu überprüfen. Eventuelle Schäden an den Sicherungseinrichtungen sind unverzüglich zu beheben.

Jede wesentliche Änderung in der Beschaffenheit oder der Art der Nutzung der ortsveränderlichen Schießstätte **ist unverzüglich anzuzeigen** und bedarf der erneuten Erlaubnis.

Zugelassene Waffen- und Geschossarten

Es darf in der gegenständlichen Schießstätte nur mit den zugelassen Waffen-und Geschossarten geschossen wird. Ein entsprechender Aushang ist an gut sichtbarer Stelle in der Schießstätte anzubringen.

Armbrust, als tragbarer Gegenstand gemäß Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt1 Nr. 1.2.3 zum WaffG. Es sind vorzugsweise Armbrüste des Fabrikats „Walther“ Modell „Hobby Tell“ (siehe Anlage 1+2 des oben genannten Gutachtens) zu verwenden, bei denen die **maximale Bewegungsenergie der Bolzen deutlich unter 7,5 Joule** liegt.

Bogen: Die Verwendung von Compoundbögen ist untersagt, Recurvebögen dürfen nur mit einer **maximalen Zugkraft von 20lbs** genutzt werden. Aus Gründen der inneren und äußeren Sicherheit des mobilen Schießstandes z.B. zum Schutz der Textilumschließung vor Beschädigung sowie der Nutzer wird darauf hingewiesen, dass beim Schießen mit Pfeil und Bogen ebenfalls geeignete Vorrichtungen zum Auffangen der Pfeile verwendet werden müssen.

Weiter behalte ich mir vor, bei Bedarf weitere Auflagen für den Betrieb der Schießstätte anzuordnen.

Erneute Überprüfung:

Die Schießanlage ist mit einer Frist von höchstens sechs Jahren von einem öffentlich bestellten und vereidigten Schießstandsachverständigen überprüfen zu lassen. Der Behörde ist Gelegenheit zu geben an der Überprüfung teilzunehmen, weiterhin ist der Erlaubniserteilenden Behörde unaufgefordert das entsprechende Gutachten vorzulegen, welches die Grundlage für das Fortbestehen der Erlaubnis bildet.

Für die erneute Überprüfung wird eine Frist von vier Jahren festgelegt.

Der nächste Prüftermin ist spätestens bis Mai 2026 durchzuführen.

Die Erlaubnis erlischt, sofern der Behörde kein entsprechendes Gutachten vorgelegt wird.

Kostenentscheidung:

Der Bund hat die Zuständigkeit zur Gebührenregelung im Waffenrecht durch die Änderung des § 50 WaffG an die Länder abgegeben. Eigene landesrechtliche Kostenregelungen wurden durch die neuen Gebührentatbestände für waffenrechtlich Amtshandlungen in der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (VwKostO-MdIS vom 7. Juni 2013) geschaffen.

Nach Nr. 732 der VwKostO-MdIS ist für eine Erlaubnis zum Betrieb oder zur wesentlichen Änderung einer Schießstätte einschließlich der Abnahmeprüfung nach § 27 Abs. 1 S. 1 WaffG ein Gebührenrahmen von 105,00 bis 525,00 Euro vorgesehen. Den gesetzlich möglichen Gebührenrahmen schöpfe ich in Ihrem Fall nicht aus, sondern setze die Gebühr auf 350,00 Euro fest. Dies geschieht auch im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit zwischen der Schießstättenbetriebs-erlaubnis und dem Arbeitsaufwand der Sachbearbeitung hierfür.

Weiterhin kommen zu dieser Gebühr die Kosten für die Zustellung dieses Bescheides in Höhe von in Höhe von 2,54 Euro hinzu (§ 9 I Nr. 2 Hess. Verwaltungskostengesetz). Insgesamt beträgt die Gebühr für die Schießstättenbetriebs-erlaubnis nach § 27 Abs. 1 S. 1 WaffG damit 352, 54 Euro.

Die Zahlungsaufforderung geht Ihnen noch mit separater Post zu.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden, Allgemeine Ordnungsbehörde - Ordnungsamt, Alcide - de - Gasperi - Str. 2, (Gebäude 10003), 65197 Wiesbaden schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Hochachtungsvoll

Im Auftrag

A. Luzzani

